Stand: 23.04.2024 21:55:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1466

"Voranbringen des behindertengerechten Ausbaus der S-Bahn im MVV-Gebiet"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/1466 vom 28.05.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/2368 des WI vom 20.10.2009
3. Beschluss des Plenums 16/2453 vom 27.10.2009
4. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 27.10.2009

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**1466**
28.05.2009

Antrag

der Abgeordneten **Ludwig Wörner, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Isabell Zacharias, Kathrin Sonnenholzner, Martin Güll, Natascha Kohnen, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Voranbringen des behindertengerechten Ausbaus der S-Bahn im MVV-Gebiet

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die vom Bund für den barrierefreien Ausbau der S-Bahn Bahnhöfe in München, im MVV-Gebiet, bereitgestellten Mittel schneller als bisher geplant, einzusetzen.

Begründung:

In der Rede zum Haushalt hat Wirtschaftsminister Zeil erklärt, dass er, wenn er mehr Geld zur Verfügung hätte, mehr Projekte für die Bahn anschiebt. Das ist durchaus möglich, denn die Regionalisierungsmittel in Höhe von 102 Mio. Euro stehen zur Verfügung und können in Gänze ausgegeben werden. Zum einen ist der Ausbau dringend notwendig, um das Angebot für die Fahrgäste des ÖPNV zu optimieren. Zum anderen kann es durchaus positive Auswirkung auf die Konjunktur haben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**2368**
20.10.2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Drs. 16/**1466**

Voranbringen des behindertengerechten Ausbaus der S-Bahn im MVV-Gebiet

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin bei der DB AG darauf zu drängen, dass die Rahmenvereinbarung vom 19.06.2001 zum barrierefreien Ausbau von S-Bahnstationen im Raum München zügig abgearbeitet wird und die dafür notwendigen Planungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden."

Berichterstatter: **Dr. Paul Wengert**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 2. Juli 2009 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FW: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Enthaltung
   in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 15. Oktober 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 20. Oktober 2009 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**2453**
27.10.2009

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ludwig Wörner, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Adelheid Rupp, Diana Stachowitz, Isabell Zacharias, Kathrin Sonnenholzner, Martin Güll, Natascha Kohnen, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Drs. 16/**1466**, 16/**2368**

Voranbringen des behindertengerechten Ausbaus der S-Bahn im MVV-Gebiet

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin bei der DB AG darauf zu drängen, dass die Rahmenvereinbarung vom 19. Juni 2001 zum barrierefreien Ausbau von S-Bahnstationen im Raum München zügig abgearbeitet wird und die dafür notwendigen Planungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)
Voranbringen des behindertengerechten Ausbaus der S-Bahn im MVV-Gebiet
(Drs. 16/1466)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Wörner für die SPD-Fraktion.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verspreche, es tut gar nicht weh, hat der Zahnarzt gesagt. Sie wissen, dass es zu diesem Antrag ein einheitliches Votum aus allen Ausschüssen gibt. Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen: Wir haben über alle Fraktionen hinweg beschlossen, dass wir eine Olympiade und Paralympics wollen. Im Jahr 2011 werden wir die Ski WM bekommen. Wenn wir uns dabei blamieren, befürchte ich, dass wir uns die Olympischen Spiele irgendwo hinschieben können.

(Zuruf von der CSU: Wohin?)

- Sie können sie dann vergessen oder in die Geschichtsbücher schreiben.

Herr Minister Zeil, Sie sollten diesen Antrag als Bitte, Unterstützung und Hilfe verstehen. Wir müssen mit der Bahn sehr energisch über das Paket des behindertengerechten Ausbaus verhandeln. Dafür ist Geld vorhanden. Über 117 Millionen Euro stehen dafür bereit. Die Bahn muss hier - ähnlich wie damals unter Oberbürgermeister Vogel - etwas mehr Gas geben. Damals wurden innerhalb kürzester Zeit U- und S-Bahnen aus der Erde gestampft. Das muss heute auch möglich sein. Zumindest muss die Strecke München - Garmisch so schnell wie möglich behindertengerecht ausgebaut werden.

Am Garmischer Bahnhof kommt man zum Beispiel mit einem Rollstuhl nicht hinaus. Ich nenne außerdem die Bahnhöfe Tutzing, Starnberg und Donnersberger Brücke in München. Kolleginnen und Kollegen, es ist schade, dass solche Events genutzt werden

müssen, um ein Drohpotenzial aufzubauen, damit die Behinderten, die ein verbrieftes Recht auf Mobilität haben, auch zu diesem Recht kommen. Herr Minister Zeil, meine Bitte an Sie lautet, noch einmal mit der Bahn in Verbindung zu treten und zumindest den Ausbau dieser Strecke und dieser Bahnhöfe nachdrücklich zu fordern.

Ich kenne den Ausbauplan für die S-Bahn. Das wird schiefgehen. Im Jahr 2014 wird die Bahn etwa bei der Donnersberger Brücke sein. Wenn dazu eine Bauzeitverzögerung kommt, wird der Bau während der Olympischen Spiele noch nicht abgeschlossen sein. Dann können wir dieses Thema vergessen. Ich fände das schade. Deshalb bin ich froh, dass alle Fraktionen diesen Antrag mittragen. Meine Bitte lautet, bei der Bahn noch einmal energisch darauf zu drängen, dass dieses Programm so schnell wie möglich vorgezogen und abgearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Eberhard Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wörner, Sie haben soeben klar gemacht, warum es Ihnen so wichtig ist, dass dieser einstimmig beschlossene Antrag noch einmal debattiert wird. Herr Staatsminister Zeil wird sicher dazu auch noch Stellung nehmen. Grundsätzlich möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es dem Freistaat Bayern ein großes Anliegen war, die S-Bahnstationen auszubauen. Das sollten Sie anerkennen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das tun wir doch!)

- Heute ist das anerkannt worden. In Ihrem ursprünglichen Antrag wurde es nicht anerkannt. Dort wurde behauptet, dass Bundesgelder liegen blieben und nicht verbaut würden. Ich habe dann in der Ausschussberatung darauf hingewiesen, dass die wenigen Bundesgelder durch die Knoten-Bahnhöfe, die noch nicht behindertengerecht ausgebaut sind, gebunden sind. In München-Pasing, dem viertgrößten bayerischen Bahnhof,

läuft dieser Ausbau gerade. Der Bahnhof Augsburg ist im Übrigen auch nicht behindertengerecht ausgebaut.

Der Freistaat Bayern hat deshalb bereits im Jahr 2001 mit der DB AG dieses Programm beschlossen und eigene Mittel im dreistelligen Millionenbereich aufgewendet. Dieses Programm wird jetzt sukzessive umgesetzt. Der Freistaat drängt in diesem Arbeitskreis darauf, dass diese Umsetzung zügig geschieht. Ich konnte in den Ausschussberatungen darauf hinweisen, dass bereits weit mehr geschehen ist, als dies Ihr ursprünglicher Berichterstatter meinte. Wir sind schon wesentlich weiter, als das zunächst den Anschein hatte, wenn man nur Ihre Antragsbegründung gesehen hat.

Wir sind bereits weiter. Es ist sehr viel passiert. Wir werden diesen Antrag noch einmal mit großer Einmütigkeit beschließen. Wir wissen, dass die Staatsregierung alles tut, was notwendig ist. Herr Kollege Wörner, Sie haben die Paralympics erwähnt und uns auf die Ski-WM und die Olympischen Spiele hingewiesen, die wir hoffentlich bekommen werden. Das wird mit Sicherheit ein zusätzlicher Anlass sein, dieses Ziel weiterhin und mit Nachdruck zu verfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Michael Piazolo das Rednerpult überlassen.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allgemeine Zustimmung und damit eine Druckerhöhung, nicht auf das Ministerium, sondern auf die Bahn durch das Ministerium. Ich möchte noch einen Punkt erwähnen: Die Begriffe "Barrierefreiheit" und "Zugang" kann man sehr eng sehen. Wir haben gerade in München eine große Sorge, und zwar nicht im Hinblick auf den Zugang, sondern im Hinblick auf die Sicherheit. Viele von uns wissen, dass es gerade im Raum München einen bösen Unfall mit einer stark sehbehinderten jungen Frau gegeben hat. Dabei ging es nicht direkt, sondern nur mittelbar um den direkten Zugang.

Ich möchte deshalb dieses Thema erweitern und dem Herrn Staatsminister auf den Weg geben, dass es nicht nur darum geht, sicher auf den Bahnsteig zu gelangen, sondern auch sicher in die U-Bahn oder die S-Bahn. Vor dem Hintergrund der Paralympics sollten wir auf diesen Punkt besonderen Wert legen. Die Freien Wähler haben einen entsprechenden Antrag im Münchner Stadtrat gestellt. Die GRÜNEN haben dieses Thema ebenfalls mit einem Antrag aufgenommen. Unsere Zustimmung zu diesem Antrag haben Sie. Damit werden wir den Druck auf die Bahn erhöhen können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als Nächste hat Frau Kollegin Ackermann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir reden über die S-Bahnen, aber wir reden auch über die behinderten Menschen und ihre Bedürfnisse. Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen: Es ist ein unglaublicher Vorgang, dass der Bund für den barrierefreien Ausbau der S-Bahnhöfe in München Regionalisierungsmittel in Höhe von 102 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat, und trotzdem nichts vorangeht. Von 138 S-Bahnhöfen waren im Jahr 2001 lediglich 23 voll behindertengerecht ausgebaut.Von 69 Bahnhöfen, die laut MVV unter verkehrlichen Gesichtspunkten vordringlich ausgebaut werden sollten, waren bis zum Sommer 2007 lediglich 21 Stationen mit einem Volumen von 29,4 Millionen Euro fertiggestellt. Jetzt sind in dem Topf immer noch 35 Millionen Euro, die nicht verbaut worden sind, obwohl die Notwendigkeit eines behindertengerechten Ausbaus auf der Hand liegt.

Die Erklärung hierfür lautet: Die Planungskapazitäten der Bahn sind unzureichend. Da muss ich mich schon fragen: Was tun diese Herrschaften, die da seit acht Jahren planen, obwohl so etwas letztendlich, wenn es einmal konzipiert ist, in jedem S-Bahnhof mit kleinen Abweichungen immer wieder gleich gebaut werden kann? Was tun diese Herrschaften? Warum setzen sie das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz nicht um? Wir bekommen jetzt zusätzlich zum Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz

noch die UN-Richtlinie für die Rechte behinderter Menschen. Sie wurde vom Bundestag im März ratifiziert. Aber hier passiert nichts. Nichts wird umgesetzt, obwohl das Geld, von dem sonst immer die Rede ist - wenn das Geld fehlt, können wir das nicht machen -, vorhanden ist. Das Geld liegt da, aber es passiert trotzdem nichts, und die behinderten Menschen schauen in die Röhre. Ich frage mich, was noch passieren muss, damit ein geltendes Gesetz wie das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz endlich umgesetzt wird. Muss es bewehrt werden oder was soll man noch tun, damit behinderte Menschen zu ihrem Recht kommen, einen barrierefreien Zugang zu S-Bahnhöfen zu haben? Das ist hier die Frage. Anscheinend liegt es am fehlenden Vermittlungsgeschick oder am fehlenden Nachdruck, den die Bayerische Staatsregierung ausübt, die nicht den nötigen Druck aufbaut, damit die S-Bahnhöfe endlich behindertengerecht ausgebaut werden und damit die Mittel, die ohnehin vorhanden sind, endlich verwendet werden, um das zu tun. Herr Wirtschaftsminister, ich fordere Sie auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass behinderte Menschen einen Zugang zu S-Bahnhöfen bekommen, wie es nach dem Gesetz schon lange vorgeschrieben ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die FDP-Fraktion darf ich nun den Kollegen Dr. Otto Bertermann ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir fraktionsübergreifend eine übereinstimmende Meinung haben, lieber Herr Kollege Wörner.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Der Stadtrat spricht!)

Die Frage ist, warum Sie den Antrag hochgezogen haben. Sind es sachliche Gründe oder politische, mit denen Sie sich hier profilieren wollen?

(Ludwig Wörner (SPD): Sachliche Gründe!)

- Gut. Ich will einmal fair weiterargumentieren: Hätte es nicht 2001 den Rahmenrichtvertrag gegeben, den der Freistaat verhandelt hat, wären die S-Bahnen bis heute noch nicht einmal behindertengerecht ausgebaut worden. Wir haben 117 Millionen zur Verfügung gestellt. Das muss man doch auch einmal anerkennen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das war der Bund! Er hat das Geld zur Verfügung gestellt!)

Wir hatten 138 Bahnhöfe, von denen nur 23 behindertengerecht ausgebaut waren.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie viele haben wir jetzt?)

Es ist ein Erfolg des Freistaates, dass jetzt wesentlich mehr ausgebaut sind. Ich würde den Blick nicht nur auf München richten. Wir müssen auch einmal über den Tellerrand hinausschauen. Es gibt über dreißig Bahnhöfe in Bayern, die nach dem Jahr 2011 nicht behindertengerecht ausgebaut werden können. Warum? Dafür ist doch nicht der Freistaat oder das Ministerium verantwortlich; das hängt an der Planungskapazität der Deutschen Bundesbahn. Es gibt eine Lenkungsgruppe, die in engem Kontakt mit dem Ministerium steht. Regelmäßig finden Besprechungen statt, und Behinderte sind auch miteinbezogen.

(Ludwig Wörner (SPD): Aber ohne Erfolg!)

Ich denke, wir haben alles darangesetzt, um diesen Menschen zu helfen.

Ich darf Ihnen selber noch etwas sagen: Wir haben, als wir letztes Jahr an die Regierung gekommen sind, im Oktober, also nach zwei Monaten, vom Wirtschaftsministerium an den Wirtschaftsausschuss eine Botschaft gesendet, indem wir uns mit diesem Thema beschäftigt haben. Auch Herr Zeil hat wiederholt konkret zu diesen Fragen Stellung genommen. Es liegt also nicht am Wirtschaftsministerium, sondern an der Planungskapazität und an der Bürokratie bei der Deutschen Bundesbahn.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Dr. Otto Bertermann (FDP): Wir stimmen dem Antrag zu, aber wir sehen ihn kritisch.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Otto, Herr Kollege Bertermann, ist das ein Ja? - Frau Kollegin Kamm, bitte,

Christine Kamm (GRÜNE): Es wundert mich schon sehr, ausgerechnet von einem Vertreter der FDP zu hören, dass man wegen der Planungskapazität die Bahnhöfe nicht barrierefrei gestalten kann. Gibt es denn keine freien Ingenieurbüros mehr?

Dr. Otto Bertermann (FDP): Frau Kollegin Kamm, wir haben eben gesagt, dass wir nur deshalb, weil wir vom Freistaat Bayern aus 2001 diesen Rahmenrichtvertrag konzipiert haben, so weit zum barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe in Bayern gekommen sind. Es liegt nicht am Freistaat, sondern nur an der Bürokratie und an der begrenzten Planungskapazität der Bundesbahn.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP)

Als nächstem Redner darf ich Herrn Staatsminister Martin Zeil das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar für die Unterstützung des ganzen Hauses für das Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, auch von mir, die Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs sicherzustellen. Ich finde auch interessant, Herr Kollege Wörner, dass Sie das MVV-Gebiet bis Garmisch ausdehnen. Ich glaube, uns eint das Ziel, dass die Verkehrsstationen, die überwiegend im Eigentum der DB Station & Service AG stehen, dringend entsprechend ausgebaut werden müssen. Sie wissen auch, dass der Bund hier die Verantwortung für Infrastruktur und Finanzen hat. Nach einer Erhebung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft aus dem Jahr 2002 besteht bei mehr als 800 Verkehrsstationen erheblicher Ausbaubedarf. Der Gesamtbedarf würde sich für vollständiges barrierefreies Reisen auf mehr als eine Milliarde Euro, belaufen. Vor diesem Hintergrund

hat der Freistaat mit der DB den Vertrag über den barrierefreien Ausbau von S-Bahnstationen in München abgeschlossen und sich verpflichtet, 102 Millionen Euro zuzüglich der Planungskosten zur Verfügung zu stellen. Ich halte also fest, dass der Ausbau vollständig vom Freistaat finanziert wird, obwohl die Infrastrukturverantwortung beim Bund liegt.

(Eberhard Rotter (CSU): So ist es!)

Ohne diese Finanzierungsvereinbarung wäre ein weiterer barrierefreier Ausbau der S-Bahnstationen nicht in Sicht. Darüber hinaus beteiligt sich der Freistaat Bayern übrigens mit weiteren 40 Millionen Euro am barrierefreien Ausbau großer Bahnhöfe in Bayern, beispielsweise in Würzburg, Ingolstadt und Rosenheim.

Ich möchte noch erwähnen, dass ich kürzlich mit der Vereinigung der kommunalen Behindertenvertreter und der Behindertenbeauftragten der Staatsregierung, Frau Badura, Gespräche zu diesem Thema geführt habe. Ich nehme die Belange, die ich in diesen Gesprächen gehört habe, sehr ernst. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, auch weitere ergänzende Maßnahmen in Gang zu bringen, beispielsweise auch die Frage - ich bin Frau Kollegin Ackermann sehr dankbar, dass Sie das Thema aus dem Blickwinkel der Nutzer dargestellt hat -, ob der Mobilitätsservice auch tatsächlich funktioniert. Uns ist nämlich mehrfach dargelegt worden, dass dieser Mobilitätsservice oftmals bedauerlicherweise nur auf dem Papier steht. Das ist ja ein Versprechen, das die Bundesbahn gegeben hat, um die Mobilität für den Übergang sicherzustellen, bis die Bahnhöfe ausgebaut sind. Bis heute sind zwanzig S-Bahnhöfe fertiggestellt bzw. werden im Jahr 2009 noch fertiggestellt. Derzeit im Bau bzw. in einem Planungsstadium, das einen Baubeginn noch 2009, voraussichtlich 2010 ermöglicht, befinden sich acht weitere Stationen. Für die weiteren zum Ausbau vorgesehenen Stationen wird mit einem Baubeginn 2012/2013 gerechnet.

Der Entscheidung, welche Stationen wann barrierefrei ausgebaut werden sollen, wurden objektive verkehrliche und technische Kriterien zugrunde gelegt. Ich möchte noch einmal

unterstreichen, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch die Bundesregierung im Jahr 2006 die Spielräume des Freistaats bei der Finanzierung der ÖPNV-Infrastruktur stark eingeschränkt hat. Dennoch unternimmt die Staatsregierung große Anstrengungen, gemeinsam mit der DB AG - da kann sicherlich manches noch schneller gehen, das gebe ich zu - den Ausbau nicht nur in München stetig weiter voranzubringen. Wir sind jederzeit bereit, hier aktuell über die Maßnahmen und Aktivitäten zu berichten.

Ich möchte hier keine Verantwortung hin oder her schieben, ich will aber sagen, dass der Ausbau eigentlich Aufgabe des Bundes wäre. Der Freistaat Bayern beschleunigt die Dinge aber in vorbildlicher Art und Weise, indem er sich mit hohen Summen beteiligt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, die Kollegen der Opposition möchten gerne mit Ihnen diskutieren. Zuerst hat sich Herr Dr. Runge zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Wie üblich bedarf Ihre Rede, Herr Staatsminister, wieder einiger Richtigstellungen. Sie haben im letzten Satz gesagt, der Freistaat habe "mit eigenen Mitteln" gehandelt. Vorher haben Sie die gut 100 Millionen Euro angesprochen. Redlicherweise müssten Sie sagen, dass diese Mittel über die Umfinanzierung aus dem Haushaltsplan 0707 tatsächlich Bundesmittel sind.

(Ludwig Wörner (SPD): So ist es!)

Sie haben das Geld immer aus den Regionalisierungsmitteln genommen, die eigentlich dazu gedacht sind, Zugkilometerleistungen zu bestellen. Das war meine erste Anmerkung. Ursprünglich kam das Geld aus der Mineralölsteuer. Dann bekommen wir es nach Bayern als Regionalisierungsmittel, und Sie haben das Geld dort herausgebrochen für den schon genannten Zweck.

Ich habe Herrn Kollegen Bertermann sehr genau zugehört, der immer auf die DG AG gezeigt hat und gesagt hat, die Planungskapazitäten würden fehlen. Herr Kollege Rotter

und ich monieren das an ganz vielen anderen Stellen. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo es dem Freistaat Bayern so wichtig ist, dass er in Vorleistung geht und entweder eine Vorfinanzierung macht - was in diesem Fall gar nicht nötig wäre, weil die Mittel zur Verfügung stehen - oder private Büros beauftragt. Ich könnte Ihnen hier eine ganze Liste konkreter Namen für dieses oder jenes Projekt nennen. Das gilt zum Beispiel für die Verlängerung der S 7. Hier muss ich einfach anmerken, dass das eine Frage der Prioritäten ist. Warum ist Ihnen der behindertengerechte Ausbau nicht so wichtig? Warum handhaben Sie den nicht genauso und sagen: Wir nehmen das als Freistaat in die Hand und beauftragen eines der vielen Planungsbüros, die wir hier in Bayern haben, damit diese die fehlenden Kapazitäten ersetzen?

Ich hätte noch einen dritten Punkt, den ich eigentlich am liebsten Herrn Kollegen Thomas Goppel überlassen würde. Herr Goppel, Sie haben sich gerade wieder dafür eingesetzt. Manchmal hapert es nicht an den fehlenden Planungskapazitäten, sondern daran, dass die entsprechende Verkehrsbelastung für Bahnhöfe zwar gegeben ist, oft aber die Ausbaupläne der Linien offen sind, weil dafür die Gelder noch nicht zur Verfügung stehen. Also wartet man bis ins nächste oder übernächste Jahrzehnt. Das kann bei Bahnhöfen mit einer hohen Belastung, also mit hohen Fahrgastzahlen, nicht der Fall sein, zumal dann, wenn wir alle das Thema ernst nehmen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister: Bitte schön. Als nächstes dann Herr Dr. Beyer zu einer Zwischenbemerkung.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Runge, würde ich auf Ihrer Linie antworten, so müsste ich sagen: Wie so oft geht Ihr Beitrag an der Sache vorbei. So einfach will ich es mir aber nicht machen. Ich möchte deshalb sagen: Wir wollen uns, was die Planung anbelangt, nicht auch noch in die Durchführungsverantwortung drängeln. Ich habe versucht, das vorhin darzustellen. Sie würden sich schön bedanken, wenn wir auch noch dafür Geld ausgeben würden, obwohl die Bahn hier zuständig ist. Ich bin deshalb für Unterstützung dankbar, wenn es darum geht, diesen Plan abzuarbeiten. Ich rede auch ständig mit der Bahn und versuche, sie zu veranlassen,

die Dinge zu beschleunigen. Ich glaube aber nicht, dass wir hier eine parallele Planungsstruktur des Freistaats aufbauen sollten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Beyer, bitte.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch heute setzen wir, die ganze Fraktion der SPD, uns wieder mit voller Begeisterung für den barrierefreien Ausbau der S-Bahn-Stationen in München ein.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erlauben Sie mir aber, weil auch Frau Hessel hier ist, zunächst einmal zu sagen: Nicht nur ich als Mittelfranke, sondern die gesamte SPD-Fraktion, wir würden es sehr begrüßen, wenn es wenigstens gelingen würde, das Ergänzungsnetz in Nürnberg 30 Jahre nach seiner Konzeption durchgängig barrierefrei auszubauen. Frau Hessel, was wir in Feucht abliefern, wird noch Fernsehsendungen beschäftigen. An ein und derselben Station haben wir aus Kostengründen zwei Bahnsteig- und Fahrzeughöhen. Menschen mit Behinderungen und Männer und Frauen mit Kinderwagen werden dort nicht mehr umsteigen können.

Ich wäre sehr dankbar, wenn wir die Gespräche, die wir hier zum Thema Regionalisierungsmittel über lange Zeit geführt haben, einstellen könnten, Herr Minister. Das ist mittlerweile Geschichte. Die Einstufung von Regionalisierungsmitteln als Subventionen im Koch-Steinbrück-Papier war falsch, wurde aber - glaube ich - auch von der FDP bejubelt und war Ausgang des falschen Vorgehens,

(Ludwig Wörner (SPD): So ist es!)

das im Lauf der Zeit wieder ausgeglichen wurde.

(Widerspruch des Staatsministers Martin Zeil (Wirtschaftsministerium))

- Doch. Wir hatten Kürzungen, wir haben jetzt wieder Anstiege. Sonst wären Sie, Herr Minister, in der Tat nicht richtig informiert, und das kann ich mir nicht vorstellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ha, ha!)

Hören wir also damit auf.

Noch eine dritte Anmerkung. Ich erinnere mich gut daran, wie wir hier über die Jahre hinweg immer wieder neue Rekordmitteilungen des SPD-Bundesverkehrsministers über den Ausbau der Schiene und Straßen in Bayern vermelden konnten. Trotzdem haben wir immer wieder gehört, das sei zu wenig. Ich verstehe Ihre Bemerkung also auch so, dass Sie gewillt sind, mit uns zusammen dafür zu kämpfen, damit der neue Bundesverkehrsminister, der aus Bayern kommt und der CSU angehört, noch großzügiger sein wird als die Vorgänger.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist keine große Kunst!)

- Herr Kreuzer, in dieser Frage kennen Sie sich wirklich überhaupt nicht aus, denn Sie würden sonst feststellen, dass das die höchsten Summen waren, die jemals zur Verfügung standen. Es tut mir schon leid, wenn Sie das immer noch nicht wissen.

Herr Zeil, vielleicht kommen wir in dieser Frage zusammen. Wir jedenfalls werden Herrn Ramsauer einiges abverlangen. Es wäre schön, wenn Sie mithelfen. Legen Sie aber in München bitte einen Zahn zu und vergessen Sie nicht, was in Nürnberg passiert in Röthenbach an der Pegnitz oder in Nürnberg-Dürrenhof. Das sind keine barrierefreien Bahnhöfe, und das im Jahr 2009. Das ist kein Ruhmesblatt für die Staatsregierung. Es gibt viel Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatsminister, Ihre Antwort, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Beyer, wir sind uns völlig einig, dass wir im Einsatz gerade für die fränkischen Belange nicht nachlassen dürfen. Ich bedauere deshalb sehr, dass Sie es nicht geschafft haben, den Antrag Ihrer Fraktion auch auf Nürnberg zu erstrecken.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Alles zu seiner Zeit!)

Das hätten Sie leicht tun können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Außerdem möchte ich zu den Regionalisierungsmitteln Folgendes sagen: Es ist richtig, man hat die damalige Kürzung wieder etwas angehoben, aber sie wurde nie ausgeglichen. Die Mittel sind nie wieder in dem damaligen Ausmaß geflossen.

Bezüglich Ihrer Ausführungen zum Bundesverkehrsminister möchte ich Folgendes anmerken: Eine der erfreulichsten Besetzungen in der neuen Bundesregierung ist, dass wir endlich wieder einen Verkehrsminister bekommen, der die bayerischen Belange stärker ins Auge fassen wird.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD)

Sie können sicher sein, Herr Kollege Dr. Beyer, dass ich ihm nicht nur zu seinem neuen Amt gratuliert, sondern ihm einen baldigen Besuch angekündigt habe, bei dem ich ihm die bayerischen Interessen auf den Tisch legen werde.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich weise kurz darauf hin, dass jede Fraktion nur eine Zwischenbemerkung machen kann.

(Ludwig Wörner (SPD): Ich habe noch zwei Minuten Redezeit!)

- Nein, nein.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Gut, dann ist das eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr Wörner, noch zwei Minuten.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gemerkt, für meine Art habe ich sehr moderat gesprochen, wirklich sehr moderat. Aber es geht

auch anders. Wenn Sie mir unterstellen, Herr Bertermann, ich wollte diesen Antrag als Wahlkampfthema missbrauchen, dann muss ich schon hinterfragen, was der Herr Minister gerade gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wir werden Sie daran messen, was Sie künftig in der bayerischen Verkehrspolitik anrichten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Sie daran messen, was Herr Kreuzer gerade vollmundig zugesagt hat, was also Herr Ramsauer alles für Bayern tun wird. Daran werden wir Sie messen. Wir werden Sie daran messen, inwieweit die Bahn ertüchtigt wird und inwieweit Sie den verkehrlichen Belangen in Bayern gerecht werden.Ich wünsche mir, dass das Transitland Bayern im Nahverkehr, im Eisenbahnfernverkehr und im Güterverkehr gestärkt wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und im Straßenverkehr!)

- Sie haben es doch noch nicht einmal geschafft, die Inntaltrasse für den Brennerbasistunnel freizuhalten. Das haben Sie über Jahre verweigert.

Jetzt behaupten Sie wieder etwas, von dem Sie genau wissen, dass es nicht wahr ist: dass die hundert Millionen Euro aus dem Freistaat Bayern kommen. Das stimmt doch nicht. Diese Mittel für den behindertengerechten Ausbau der S-Bahn waren Bundesmittel, die bis heute hier gebunkert und nicht verbraucht wurden. Deswegen fordern wir Sie auf, sie endlich zu verbrauchen.

Mehr war es eigentlich nicht. Nur schade, dass man so die Schärfe hineinbringt. Aber offensichtlich wollen Sie es so.

Wir werden, wie ich denke, gemeinsam darüber abstimmen. Ich meine, das ist notwendig.

Sie kriegen nächste Woche einen fränkischen Antrag zum behindertengerechten Ausbau Frankens. Sie haben es so gewollt. Jetzt können Sie sich an Ihren Forderungen messen lassen.

Wir werden sehen, ob Ihr hochgelobter Bundesminister die Mittel so rasch bereitstellt, wie es die Bundesregierung früher gemacht hat.

(Beifall bei der Fraktion der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt eine Neufassung des Antrags. Ich verweise insofern auf die Drucksache 16/2368. Wer dieser Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf hinzufügen: In der Politik ist es immer wieder spannend, wie ausdifferenziert man, selbst wenn es zu einem einstimmigen Votum kommt, über ein Thema diskutieren kann.